

Vorwärts

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftst. 2 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mexiko - kein Land für Kappisten!

Schärfste Unterdrückung des Militärputsches.

Reuter meldet aus New York:

Der Aufbruch in Mexiko hat nur 24 Stunden gedauert, da Präsident Calles dessen Urheber mit eiserner Hand niedergeworfen hat. General Serrano ist, wie gemeldet, erschossen worden. Die Stadt Perote im Staate Veracruz, wo General Gomez sich verborgen halten soll, ist von den Regierungstruppen umzingelt und dürfte in der aller nächsten Zeit fallen. Die Regierung gab Befehl, die Güter der Aufständischen überall zu beschlagnahmen und sie zur Bestreitung der durch die Niederwerfung des Aufbruchs verursachten Kosten zu verkaufen. Es ist schwer, angesichts der scharfen Zensur die Stimmung der Bevölkerung zu ergüteln, nach eingegangenen Telegrammen soll jedoch die öffentliche Meinung der Regierung günstig sein.

General Obregon meldete telephonisch, daß zahlreiche Aufständische nach der Hauptstadt zurückkehren, um sich der Regierung bedingungslos zu ergeben. Die Leichen Serranos und dreizehn seiner Anhänger sind öffentlich ausgestellt worden.

Der Oberst Manzanilla ist mit sämtlichen Offizieren

seines Stabes wegen seiner Beteiligung an der Militärrevolte zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

Die Verhaftung und Erschießung des ausländischen Generals Serranos geschah in Puebla. 14 seiner Anhänger wurden ebenfalls hingerichtet. Unter ihnen befinden sich die Generale Carlo Arrija, Miguel Poralla, Carlo Vidal, der Gouverneur des Staates Chlapa, ferner der Privatsekretär des früheren Präsidenten Huerta, Gonzales, sowie der Propagandadirektor des Generals Serrano, Mallinez Escobar. Aus El Paso wird gemeldet, daß 14 Offiziere des 16. Bataillons, das in Torreon gemuert hatte, hingerichtet worden sind. Die Regierungstruppen verfolgen den ausländischen General Arnulfo Gomez. Die Regierung hat in allen Großstädten des Landes Truppen konzentriert.

Bei den Kämpfen in Jalisco wurden 19 Rebellen getötet und 20 verwundet. Ausländische haben bei Tezaco einen Eisenbahnzug überfallen und die Passagiere beraubt. Präsident Calles mobilisiert weitere Streitkräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande.

Beflaggung der Reichswehrgebäude.

Alles in Ordnung.

Das Reichswehrministerium erklärt nunmehr, daß die Beflaggung der Reichswehrgebäude am 2. Oktober durchaus vorchriftsmäßig gewesen sei. Es besteht dafür nämlich folgende Verordnung: „Hat ein Reichswehrgebäude nur einen Fahnenmast, dann fliegt es die Reichskriegsflagge; hat es daneben noch einen zweiten Flaggenstod, dann kommt schwarzrotgold daran. Sind noch mehr Flaggenstöcke vorhanden, so werden beide Flaggen in gleicher Zahl ausgezogen; erreichen die Flaggenstöcke aber eine ungerade Zahl, dann kommt an den überschüssigen Flaggenmast die Reichskriegsflagge.“

Da nun das Reichswehrministerium im Bender-Block drei Fahnenmäste hat, wurden zwei Reichskriegsflaggen und eine schwarzrotgoldene gehißt. Das Münchener Wehrkreis-Kommando ist mit bayrischen Staatsbehörden im gleichen Gebäude untergebracht, hat für sich nur einen Flaggenstod zur Verfügung und hißte darauf vorchriftsmäßig und befriedigt die Reichskriegsflagge.

Die Gewissensnot der Lehrer.

Braunschweiger Lehrer drohen mit der Niederlegung des Religionsunterrichts.

Braunschweig, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Hauptversammlung des Braunschweiger Landes-Lehrervereins nahm eine Entschließung an, in der die Bestimmung des Neubessenen Schulgesetzes über die Einsetzung der Kirche in den Religionsunterricht als eine unwürdige Zumutung der Religionslehrer abgelehnt wird. Sollte die Kirche bei ihrer Forderung beharren und der Entwurf Gesetz werden, so müssen die im Landes-Lehrerverein organisierten Religionslehrer (etwa 1400) von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen und den Religionsunterricht aus Gewissensnot niederlegen.

Der Rechtsirrtum im Strafrecht.

Eine Verbesserung des Strafgesetzentwurfes erreicht.

Der Strafgesetzausschuss des Reichstages brachte heute die gestern begonnene Beratung über den Begriff des Rechtsirrtums zum Abschluß. Genosse Bender hatte in eingehendster Weise zu dem Gesetzentwurf Stellung genommen und in zahlreichen Beispielen die bisherige Rechtsprechung des Reichsgerichts über den Begriff des Rechtsirrtums kritisiert. Er verlangte eine Erweiterung des Irrtumbegriffes nach der Richtung, daß bei Mangel des Bewußtseins der Rechtswidrigkeit unter allen Umständen Straffreiheit eintreten müsse. Er wies darauf hin, daß die jetzige Gesetzesvorlage in ihren Bestimmungen über den Irrium selbst von gebildeten Laien nicht zu verstehen sei und daß eine allgemeinverständliche Sprache gefunden werden müsse.

Nach eingehender Beratung, insbesondere auch über den Rechtsirrtum, wurden zwar die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge zu den hier einschlägigen Paragraphen abgelehnt, es wurde aber doch eine Besserung des Gesetzentwurfes entsprechend einem Antrag Rahl beschlossen, und zwar mit den Stimmen unserer Genossen gegen die Deutschnationalen, wodurch wenigstens der bisherigen Rechtsprechung ein Ende gemacht wurde, nach der ein Rechtsirrtum nur dann Berücksichtigung findet, wenn es sich um einen Irrtum über außerhalb des Strafrechts liegende Gesetze handelt. Nach den heutigen Beschlüssen des Strafgesetzausschusses wird künftig auch der unverschuldete Rechtsirrtum, der sich auf Strafgesetze bezieht, die Strafe ausschließen, und es wird bei Rechtsirrtum unbedingt Strafmilderung eintreten.

Um Rakowski.

Tschitscherin will ihn halten.

Paris, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Blätter veröffentlichten in großer Aufmachung eine Havas-Meldung aus Moskau, daß die russische Regierung nicht daran denke, den Bolschewiker Rakowski abzurufen. Tschitscherin sei nach

wie vor Begner der Abberufung. Die Abgeordneten Berthou (Kommunist) und Fontanier (Sozialist) haben den Vorsitzenden des auswärtigen Ausschusses der Kammer aufgefordert, den Ausschuss zur Prüfung des Falles Rakowski einzuberufen.

Auch die Berliner Sowjetbotschaft teilt uns mit, daß Tschitscherin, entgegen anders lautenden Meldungen, sich stets gegen eine Abberufung Rakowskis geäußert habe, für die kein Grund vorliege und die auf die russisch-französischen Verhandlungen ungünstig rückwirken würde.

Die spanische Verschwörung.

Sturz des Direktoriums - das Ziel?

Paris, 5. Oktober.

Wie aus Biarritz (Südfrankreich) gemeldet wird, soll sich ein Teil der Führer der gegen die spanische Regierung gerichteten Bewegung zurzeit dort aufhalten, u. a. der Führer der liberalen konservativen Partei Sandes, der frühere Ministerpräsident Sanchez Guerra, der frühere Minister Alba und der Dichter Unamuno. Es sei aber nicht erwiesen, ob sie mit dem vorgelegten aufgedeckten Komplott in aktiver Verbindung stehen. Soweit bisher durch die engen Mäßen der Zensur durchgesickert ist, sollen nur liberale Politiker und Anhänger der Arbeiterpartei, sogenannte Syndikalisten, kompromittiert sein.

Dem Pariser „Journal“ zufolge sollte sich die Verschwörung nicht gegen das Leben des Königs richten, sondern lediglich den Sturz des Direktoriums am Tage des Zusammentritts der sogenannten „Nationalversammlung“ bezwecken. Die Lage sei weiter verworren.

Neue Verhaftungen.

Paris, 5. Oktober. (Eigenbericht.)

Nach Meldungen aus Barcelona hat die Polizei dort umfangreiche Verhaftungen vorgenommen. So wurden 30 Personen, Anhänger der ignobilitarischen Bewegung, festgenommen.

Eine sonderbare „Nationalversammlung“.

Madrid, 4. Oktober.

Heute wurde eine Liste von 400 Persönlichkeiten veröffentlicht, die von der Regierung als Mitglieder der „Nationalversammlung“ ausersehen sind. In der Spitze der Liste steht Infant Carlos von Bourbon, der Schwager des Königs; es folgen Generalkapitän Beyler, Admiral Delapiente, drei Kardinäle, mehrere Generale, darunter Jordana, mehrere Mitglieder beiderlei Geschlechts aus der hocharistokratischen Ferner verzeichnet die Liste zwölf frühere Minister, mehrere Männer und Frauen von Literatur und Presse. Auf der Liste bemerkt man weiter 82 ehemalige Abgeordnete und Senatoren, ferner Namen aus der Finanz, Gemäß dem Wunsch der Regierung, daß alle politischen Parteien in der „Nationalversammlung“ vertreten seien, sieht man unter den Mitgliedern Angehörige der äußersten Rechten und der äußersten Linken.

Tschangtsolin geschlagen.

Vormarsch der Schansi-Armee.

Peking, 5. Oktober.

Die Schansi-Armee hat auf ihrem Vormarsch gegen die Truppen Tschangtsolins Kalgan besetzt. Es gelang ihnen eine Flanken-umgehung, so daß sich die mandchurischen Truppen zurückziehen mußten und schon in der Nähe des Nankau-Passes stehen sollen, wo weiterer Widerstand geleistet werden soll. Die Schansistruppen setzen sich aus 15 Divisionen Infanterie und 20 Divisionen Kavallerie zusammen. Die Gesamtstärke wird mit etwa 150 000 Mann angegeben. Sie sind, wie schon früher berichtet, für glänzende Verbändnisse gut ausgebildet und ausgerüstet. In Peking ist die Nervosität recht groß, die Presse steht unter Vorprüfung.

Pseudo-Sozialismus.

Das „staatssozialistische“ Experiment des Faschismus.

Man schreibt uns von der italienischen Grenze:

Gelegentlich hört man sagen, daß die Sozialdemokratie dem Faschismus eigentlich dafür Dank wissen sollte, daß er auf breiter Grundlage ein staatssozialistisches Experiment unternimmt. Dem ließe sich manches entgegenhalten, vor allem, daß man das Recht auf Dank erwirbt für etwas, das man freiwillig tut — also wegen des ethischen Wertes der Tat — oder für den objektiven Wert des Betanen.

Nun ist aber der Staatssozialismus des faschistischen Regimes durchaus nichts freiwillig Erwähltes oder gar die Verwirklichung eines Programms. Er ist vielmehr dem Faschismus als ungeahnte und ungewollte Folge seiner Abwürgung jeder freien Initiative: entweder den Druck vermindern, der alles im Lande niederhielt, oder an die Stelle der privaten Steuerung die Steuerung von oben treten lassen. Was bei Verminderung des Drucks erfolgt wäre, ließ sich nicht absehen, so erschien der Staatssozialismus, der dem Faschismus aus tiefer Seele widerstrebt als das geringere Uebel. Er bot einmal das Mittel, die durch die Zerstörung der Arbeiterorganisationen künstlich vermehrte Macht der Unternehmer zu meistern; weiter erschien er als ein rationelles Mittel, die Folgen der Wirtschaftskrise abzuwehren. Jede Diktatur muß danach streben, durch materiellen Wohlstand die Massen schadlos zu halten für ihre Einbuße an Rechten und Würde. So waren die staatssozialistischen Maßnahmen, die man, um ihren Kontrast zum primitiven Faschismus zu übertrüben, als „corporative“ Maßnahmen bezeichnet, ein Ausweg, den der Faschismus notgedrungen und mit Widerwillen einschlug.

Was nun den objektiven Wert des Experiments betrifft, so ist zu bemerken, daß jedes Experiment um so beweiskräftiger sein muß, je ungewogener es ist, je leichter sich seine Vorbedingungen spontan wiederholen oder herstellen lassen. Deshalb ist der praktische Wert des faschistischen Staatssozialismus minimal: sein Gelingen wie sein Mißlingen werden herzlich wenig besagen, denn es gibt keinen Kulturstaat, dessen Volk sich freiwillig zu einem derartigen Versuch hergeben würde, und kein Kulturvolk, das sich zu ihm zwingen ließe.

Denn dieser Staatssozialismus verwirklicht einerseits ein höchst maß von Zwang, das bei dem Fehlen jeder Kritik, jeder Selbststeuerung der Teile einen wahren Rattenkönig von Verwirrung vorbereitet; andererseits dient er Sonderzwecken, die ganz außerhalb der nationalen Wohlfahrt liegen.

Ob er will oder nicht, muß der Faschismus immer schärfer zentralisieren und immer mehr die individuelle Freiheit beschränken. Um die Frage der Arbeitslosigkeit zu lösen, hat man schon die Gründung von industriellen Betrieben mit mehr als hundert Arbeitern von der Regierungserlaubnis abhängig gemacht, wenn diese Betriebe in Städten mit mehr als hunderttausend Einwohnern gegründet werden sollen. Dadurch glaubt man, der Landflucht zu steuern, die aber, bei dem beständigen Abbau der Löhne der Landarbeiter und bei der Durchführung des Sechsstundentages an Stelle des Achtstundentages immer mehr zunimmt. Ein Versuch des Präsidenten der Arbeiterorganisation, des Abg. Rossini, den Arbeitsnachweis diesen Organisationen zu sichern, ist sofort von der Regierung abgeschlagen worden. Der Arbeitsnachweis wird „paritätischen“ Institutionen übertragen werden, deren praktische Erfahrung die Anwendung von Zwang nahelegen wird, und das Ende vom Liede wird die Abschaffung der Freizügigkeit sein. Die Studien über die Rationalisierung des Handels haben schon die Forderung des Abbaus der kleinen Verkäufer ergeben, bei deren Verwirklichung der Faschismus in das Fleisch der eigenen Anhänger schneiden müßte.

Gewiß gibt es keine Rationalisierung der Wirtschaft, auch nicht eine im sozialdemokratischen Geiste durchgeführte, die nicht Interessen verlegt und namentlich im Stadium der Einführung als Zwang und Beengung empfunden würde. Aber dabei stehen die Interessen der Gesamtheit auf dem Spiele, nicht die einer oligarchischen Clique. Der faschistische Staatssozialismus verliert nie die Vorteile seiner Partei aus dem Auge. Bei dem, was er als „Lösung der Wohnungsfrage“ bezeichnet, hat er sich zunächst eine wahrhaft kluge Demagogie geleistet. Jetzt veröffentlicht nun die „Gazetta Ufficiale“ ein Dekret, das die mit Staatszuschuß ausgeführten Arbeiter- und Beamtenwohnungen zu einer Handhabe politischer Verfolgung macht, indem es festsetzt, daß jeder sein Recht auf eine dieser Wohnungen vor dem endgültigen Ankauf verliert, der „sich in irgendeiner Weise in Widerspruch zu den allgemeinen politischen Leitlinien der Regierung setzt oder geleht hat“. Der betreffende Beschluß wird vom Minister der öffentlichen Arbeiten unter Zustimmung des Premierministers gefaßt und ist unanfechtbar. Wer also politisch nicht orthodox ist, bekommt kein Haus, wie er keine Arbeit bekommt und keinen Paß zum Auswandern. Wenige Tage vor dem Inkrafttreten dieses Dekrets hat das Direktorium des faschistischen Pressesyndikats eine Resolution angenommen, in dem, wie üblich, die Organisation als „politisches Werkzeug zu Diensten des Duce“ bezeichnet und weiter gefordert wird, man solle alle, die nicht als Berufsjournalisten, Praktikanten oder Schriftsteller in den Berufslisten eingetragen sind, von jeder Betätigung mit der Feder ausschließen. Am 2. Oktober veröffentlichte ein Mussolini persönlich nahestehendes römisches Revolverblatt die nachstehenden Leitsätze für den Journa-

